

Brennnessel

Bündnis 90 / Die Grünen Salzkotten

politisch, parteiisch

im März 2016



Mit Mut und Zuversicht

MARC SVENSSON

Die letzte Brennnessel ist vor fast zwei Jahren erschienen, kurz vor den Kommunalwahlen. Die Zukunft der Windenergienutzung wurde sehr hitzig diskutiert und war das beherrschende Thema im Wahlkampf. Seit der Wahl haben wir einen Sitz mehr im Rat, aber sonst hat sich nicht viel geändert: Es gibt eine absolute CDU-Mehrheit und den Rest, mit uns Grünen als Teil davon.

Alles neu im neuen Jahr

Noch sind die Stühle leer: Auf dem Bild oben seht Ihr unser nagelneues Quartier in der Klingelstraße 20. Ab sofort werden unsere regelmäßigen Ortsverbandstreffen am 1. Donnerstag jeden Monats dort stattfinden. Wir freuen uns riesig, dass uns dieser tolle Platz für spannende und hoffentlich gute politische Arbeit jetzt zur Verfügung steht.

Was anders geworden ist

Würden wir in Kürze wieder Kommunalwahlen abhalten, sähe das Ergebnis wahrscheinlich ganz anders aus, denn die politische Landschaft hat sich im gesamten Land spürbar – in unseren Augen beunruhigend – verändert. Rechte Strömungen sind deutlich sichtbarer geworden.

Im letzten Jahr sind mehr als eine Million Menschen aus ihren Heimatländern nach Deutschland geflüchtet, mehr als 500 von ihnen sind inzwischen

bei uns in Salzkotten angekommen. Viele Flüchtlinge bringen fremde Bräuche und gesellschaftliche Normen mit, die mit unseren nicht immer übereinstimmen. Wer mit uns zusammen leben will, muss oft viel lernen – von uns und mit uns. Dazu muss jemand da sein, der zeigt, wie die Dinge bei uns laufen.

Der Anfang ist gemacht: Viele Salzkottener*innen engagieren sich indem sie spenden, Deutschkurse geben, in der Fahrradwerkstatt mithelfen, Patenschaften übernehmen oder Wohnraum zur Verfügung stellen. Diese Hilfsbereitschaft ist wunderbar und es gibt wohl keinen besseren Weg, unsere oft zitierten Werte zu vermitteln, als sie so vorzuleben.

Mutig nach vorne

Alle Menschen die wir aufnehmen brauchen eine Wohnung – die sind schon länger knapp. Wohnraum und alles, was mit Integration zusammenhängt, kostet Geld. Zumindest am Geld muss es nicht scheitern: Auf Bundesebene werden milliardenschwere Haushaltsüberschüsse eingefahren und auch vor Ort sieht es besser aus als viele glauben. Die prognostizierten Haushaltsergebnisse werden regelmäßig in Millionenhöhe übertroffen und der Sparstrumpf der Stadt, die Ausgleichsrücklage, ist zuletzt wieder auf über 8 Millionen Euro angewachsen.

Also, warum sollten wir das nicht schaffen?

Unser Lebensstil als Fluchtursache

CHRISTINA WILMES

In unserer Gemeinde ist sichtbar geworden, dass die Organisation ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit Fortschritte macht. Menschen wollen gesellschaftliche Verhältnisse mitgestalten und verbessern. Indem wir Flüchtlinge willkommen heißen, praktizieren wir, wie unsere Gesellschaft sein könnte: hilfsbereit gegenüber Fremden, Schwachen und Rechtlosen. Menschen, denen die Lebensperspektive genommen wurde, müssen einen Ort finden können, an dem sie und ihre Familien sicher und menschenwürdig leben können. Wollen wir dieser Völkerwanderung verantwortungsvoll begegnen, müssen wir verstärkt in den Blick nehmen, an welchen Stellen unser Konsum und weltweiter Handel Fluchten auslösen können.



Mit Blick auf den Wunsch, Fluchtursachen zu bekämpfen, müssen Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Heimatländern jener Menschen nachhaltig verbessert werden, die derzeit als Flüchtlinge zu uns kommen.

Natürlich muss der Export von Rüstungsgütern in Krisenregionen gestoppt werden, aber punktuelle Maßnahmen allein genügen nicht. Die Bekämpfung von Fluchtursachen in krisengeschüttelten Ländern geht nur mit grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Veränderungen einher – auch bei uns! Neben den Kriegsschauplätzen auf unserer Welt treibt die fortschreitende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen Menschen auf die Flucht.

Unsere auf den Export ausgerichtete Massentierhaltung und hohe EU-Subventionen führen dazu, dass Dumpingpreise die Landwirte nicht nur in Entwicklungsländern ruinieren. In Rumänien installieren Lidl und Kaufland Märkte, die Produkte ortsansässiger Bauern, die gerade beginnen sich in Genossenschaften zu organisieren, im Preis weit unterbieten. Das ist legal und wird mit Fördermitteln aus der EU unterstützt.

Bei der Jahreshauptversammlung der Kreisbauernschaft Paderborn wurde argumentiert, dass wir weiter unsere Schlachtabfälle zur Linderung der Hungersnöte in der Welt absetzen müssten. Die Folgen für die Entwicklungsländer sind katastrophal.

Sie können auf ihren Heimatmärkten nicht mit den europäischen und amerikanischen Waren konkurrieren. Das führt zu hoher Arbeitslosigkeit, dem Verlust landwirtschaftlicher Strukturen und zum Zusammenbruch ganzer Ökonomien.

Darüber hinaus widerspricht unsere immer mehr auf Export ausgerichtete Fleischproduktion jeder ökologischen Nachhaltigkeit sowie menschlicher und tierischer Gesundheit. Ihre Folgen sind auch bei uns gravierend und teuer. Würden wir nur so viele Tiere in bäuerlicher Landwirtschaft halten, wie das Land ohne Futterzukaufe ernähren kann, bekämen wir automatisch wieder ein Gefühl für die Wertigkeit von Lebensmitteln.

Diese Erkenntnis ist bei vielen Landwirten und auch im gesellschaftlichen Mainstream längst angekommen - wir müssen sie nur konsequenter umsetzen! Schon lange plädieren nicht nur Starköchinnen wie Sarah Wiener dafür, Produkte aus der Region mehr wert zu schätzen, um Erzeuger vor der eigenen Haustür gezielt zu unterstützen. Dieses solidarische Prinzip funktioniert hier genauso wie in anderen Teilen der Welt.

Bisher zahlen nicht die Verursacher von Klimawandel, Umweltverschmutzung, Landraub oder grauenhaftem Tierleid die Kosten ihres Tuns. Es sind die Ärmsten der Armen in der Welt. Am Ende ist für Viele Flucht der letzte Ausweg.

Frohe Kunde für Wasserkocher & Co!

PETRA HUNDT & JÜRGEN KEMPER

Wenn alles läuft wie geplant, können unsere unentbehrlichen Helfer im Haushalt ihren hässlichen Kalkablagerungen bald „Adieu“ sagen und fortan auf ein wesentlich längeres Leben hoffen als bisher. Der Grund: Salzkotten plant den Bau einer Wasseraufbereitungsanlage, um den hohen Kalk- und Chlorid(Salz)gehalt des Salzkottener Wassers zu reduzieren.

Wir Salzkottener Grünen begrüßen dieses Vorhaben, denn wir versprechen uns davon positive Effekte sowohl für die Haushaltskasse unserer Bürgerinnen und Bürger als auch für die Umwelt. Weicheres Wasser verbraucht weniger Waschmittel, Spülmittel, Shampoo etc. Die Geräte und Leitungen sind weniger reparaturanfällig und haben eine längere Lebensdauer. Dadurch werden wertvolle Ressourcen eingespart.

Ein weiterer, sehr wichtiger Aspekt ist, dass auch der Nitratgehalt des Trinkwassers gesenkt wird. Nitrat gilt in Kombination mit anderen Stoffen als potentiell krebserregend. Es gelangt durch die (Über)düngung der Felder ins Grundwasser. In Salzkotten liegt der Nitratgehalt des Trinkwassers bei 29mg/l und kommt damit der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 25mg/l erfreulicherweise sehr nahe (EU-Grenzwert: 50mg/l). Dennoch kann der Nitratgehalt nicht niedrig genug sein, vor allem im Hinblick auf die Zubereitung von Säuglingsnahrung.

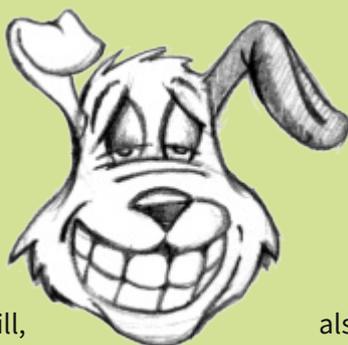
Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel für alle Bürgerinnen und Bürger. Veränderungen auf diesem Gebiet, wie die Errichtung einer Wasseraufbereitungsanlage, müssen in ihren Auswirkungen und Konsequenzen den Bürgern bekanntgemacht und mit ihnen diskutiert werden. Auch die finanziellen, denn bei einer solchen Investition wird der derzeit noch sehr günstige Wasserpreis (Salzkotten 0,75€,



Durchschnitt Land NRW 1,62€) angehoben werden müssen. Daher haben wir Grünen uns im Betriebsausschuss für eine schriftliche Information und Befragung aller Haushalte in Salzkotten eingesetzt. Leider bekamen wir weder von der Verwaltung noch von den anderen Fraktionen Unterstützung für unser Anliegen. Zu aufwendig, hieß es. Stattdessen wurden in vier Ortsteilen Bürgerversammlungen abgehalten. Dazu lud die Stadt alle Haus- und Grundstücksbesitzer ein, um über das Projekt „Wasseraufbereitungsanlage“ zu informieren. Dabei wurde dann auch unter den Anwesenden „ein Meinungsbild“ erstellt. Wenn Sie Mieter oder Mieterin sind, liebe/r Brennesseleser/in, haben Sie hoffentlich aus der Presse von diesen Terminen erfahren und konnten an einer der Versammlungen teilnehmen. Wenn nicht, die Stadtverwaltung beantwortet sicher gern Ihre Fragen!

Neues vom Salzköter

Was sagt Ihr da? ... Ach so... Schatten? Naja. Stimmt schon: Wo ein Baum ist, ist auch mal Schatten. Jaja, und dann muss man auch mal fegen. Die Dachrinne. Ja, und den Hof. Okay, auch den Kirchhof. Und ist schon wahr: wenn man dann die Mauer sanieren will, muss man das Gerüst um die Bäume herumtragen. Und Wasser braucht der Baum auch, je älter um so mehr. So ein Baum wächst auch und die Straße ist auch breiter geworden.... Also echt, so ein Baum... Dann hast du so einen Baum auf deinem Hof und bist echt allein damit: Musst ihn pflegen und aufpassen, dass keine Äste runterfallen und jemanden erschlagen. Und den Baumdoktor holen. Und



'ne Versicherung sollst Du womöglich auch noch abschließen. Also nee, das geht gar nicht. Die andern atmen die Luft und du hast die ganze Last. Aber alle Bäume in Dorf und Stadt abschlagen? Die höher als 10 Meter sind? Und älter als 20 Jahre? Wie sähen denn dann die ganzen Kirchhöfe aus? Und das ganze Dorf? Und überhaupt: Wo soll ich dann dran pinkeln und woher gibt's ein Stöckchen?

Ich alter Köter würde sagen: Bevor die Aktion an der Kirche in Mantinghausen Schule macht, sollten die im Rat vielleicht noch mal über die alten Bäume in der Stadt reden!

Ihr Salzköter

Wohnen.

MARC SVENSSON

Seit vielen Jahren werden in der Kernstadt großzügig Baugebiete erschlossen, in denen anderthalb oder zweigeschossig gebaut werden darf. Aufgrund der Grundstückszuschnitte und Festlegungen in den Bebauungsplänen entstehen dort fast ausschließlich 1-2-Familienhäuser, manchmal mit Einliegerwohnungen. Diese einseitige Entwicklung hat dazu geführt, dass der Anteil der Wohnungen in 1-2-Familienhäusern inzwischen bei 83% liegt und nur 17% der Wohnungen auf Mehrfamilienhäuser entfallen.

In jüngster Vergangenheit sind in Baulücken oder nach Abrissen in der Kernstadt neue und sehr schöne Mehrfamilienhäuser entstanden, überwiegend großzügig geschnitten, mit Tiefgaragen und Aufzügen. Im Jahr 2012 betrug die durchschnittliche Wohnungsgröße in Salzkotten 113m²

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass jeder, der eine bezahlbare Wohnung in der Größenordnung von 80m² und weniger sucht, vor einer Herausforderung steht – Menschen, die von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II (Hartz IV) leben, stehen schnell vor einem ausgewachsenen Problem: Ihnen werden nur die Kosten für angemessen große und vergleichsweise günstige Wohnungen erstattet. Bei 3 Personen hält die Behörde 446,50€ (warm) in Salzkotten für angemessen.

Problem erkannt, Problem gebannt?

Der erste Schritt, um ein Problem zu beseitigen ist, dass man es erkennt. Dass Politik und Stadtverwaltung das Problem längst erkannt haben, gab man uns zuletzt im Bauausschuss am 02.12.2014 deutlich zu verstehen, als wir der Verwaltung einen Prüfauftrag zum Mietwohnungsmarkt erteilen wollten. Mietwohnungsbau sei nicht Aufgabe der Kommune, hieß es von der Verwaltung. Das Problem sei längst bekannt und außerdem solle es der Markt doch bitte schön selber richten. Ein schönes Beispiel dafür, dass es oft nicht an mangelnder Erkenntnis fehlt, sondern am Willen, ein Problem anzugehen. Der Zuzug zahlreicher Flüchtlinge hat den Druck auf den Wohnungsmarkt weiter erhöht. Das bewährte Prinzip der dezentralen Unterbringung stößt an seine Grenzen.

Zukunftsmusik

Als kurz vor Weihnachten die Verwaltung den Rat über den Bau von Flüchtlingsunterkünften informierte, wurde das Thema Mietwohnungsbau erwartungsgemäß mit an die Oberfläche gespült. Von den Versäumnissen der Vergangenheit eingeholt, versprach die Verwaltung, sich auch nach den Rahmenbedingungen für Förderung, Grundstücksvergabe, etc. für den Sozialen Wohnungsbau zu erkundigen. Wie soll man auch den Salzkottenern erklären, dass der Neubau von Flüchtlingsunterkünften machbar und vor allen Dingen bezahlbar ist, Sozialwohnungsbau aber nicht?

Beides ist machbar und bezahlbar, erst recht bei den derzeitigen Niedrigzinsen von unter 2% sowie Förderprogrammen von Bund und Land.



Historisches Stadtbild erhalten.

In den letzten Jahren hat sich das Gesicht der Innenstadt verändert. Viele, teilweise Jahrhunderte alte Gebäude sind verschwunden. Auch hier hat man das Problem seitens der Verwaltung längst erkannt. Schon 2009 wurde ein integriertes Handlungskonzept „zur Stärkung der Innenstadt der Kernstadt“ auf den Weg gebracht. Als wesentliches Ziel wurde festgeschrieben, „die Besonderheiten des gewachsenen Stadtbildes mit einem hohen Anteil historischer Bausubstanz dauerhaft zu bewahren.“

Wussten Sie, dass jahrelang Mittel in den Haushalt eingestellt waren, um damit private stadtbildprägende Gebäude und Freiflächen zu gestalten und zu renovieren? Nein? - So muss es vielen Bürgern gegangen sein, denn es hat 6 (!) Jahre gedauert, bis die ersten Fördermittel beantragt wurden. Ob es daran liegt, dass die Verwaltung erst 2015 die dazugehörige Förderrichtlinie fertig bekommen hat oder daran, dass sich bis heute weder ein Ansprechpartner noch die dazugehörigen Antragsformulare auf der städtischen Homepage finden, darüber lässt sich nur spekulieren.

Ein Höchstförderbetrag von 10.000€ mag einigen nicht der Rede wert sein, aber es lässt sich damit schon etwas bewegen. Hoffen wir, dass in Zukunft reichlich von diesem Angebot Gebrauch gemacht wird.

Flaute im Bürgerwindpark

WOLFGANG DEHLINGER / PETRA HUNDT / MARC SVENSSON

Bürgerinnen und Bürger wissen: Salzkotten möchte neue Gebiete für die Aufstellung von Windkraftanlagen ausweisen. Das ist gut so! Gut für's Klima, weil neue Anlagen nicht nur für „grünen“ Strom sorgen und damit für die Verminderung von klimaschädlichem CO₂, sondern auch für's Stadtbild, denn wir verhindern damit Wildwuchs von Windenergieanlagen im Stadtgebiet.

Weniger gut ist: Rat und Verwaltung arbeiten seit nunmehr fast fünf Jahren an einer Änderung des Flächennutzungsplans (FNP), in dem diese neuen Windvorranggebiete dargestellt werden müssen. Da das aber ein auch rechtlich sehr kompliziertes Verfahren ist, wurde von der Verwaltung ein externes Gutachterbüro samt Rechtsbeistand beauftragt. Das gleiche Gespann war seinerzeit auch in Büren mit gleicher Aufgabe betraut.

2013: und los geht's!

So weit, so gut bzw. schlecht: Ein erstes Gutachten wurde bereits 2012 erstellt, mit Ergebnissen, die auch unser damaliger Bürgermeister Dreier zum Teil als „irritierend“ bezeichnete. Dennoch faste der Rat im Mai 2013 den Beschluss, auf dieser Grundlage den FNP zu ändern.

Dann sprach das OLG Münster im Sommer 2013 das vielbeachtete „Bürener Urteil“ und warf damit die dortigen Windkraftplanungen komplett über den Haufen. Folglich hat man sich in Büren von seinen Beratern getrennt – in Salzkotten nicht.

2014: zurück auf Start

In Salzkotten wurden aufgrund des oben genannten Urteils bis Mitte 2014 alle Planungen komplett überarbeitet, das Verfahren wurde neu gestartet. Alte Widersprüche wurden beseitigt - dafür traten neue zutage. Dazu zählen aus grüner Sicht bis heute widersprüchliche Beurteilungen beim Landschafts- und Artenschutz und die sehr fragwürdige Herausnahme einer geeigneten Fläche südlich des Haltiger Feldes. Derartige Unstimmigkeiten machen unseren FNP angreifbar und können Klagen provozieren, die im schlimmsten Fall eine Konzentration von Windkraftanlagen im Sinne der Gemeinde komplett verhindern.

Daraufhin forderten wir, den Gutachter zu wechseln – leider erfolglos. Immerhin durfte schließlich doch ein zweiter Gutachter beratend sein Expertenwissen einbringen, eine Zweitmeinung zum Artenschutz wurde eingeholt und die Öffentlichkeit wurde ein weiteres Mal beteiligt. So war der Stand im Dezember 2014.

2015: bitte warten Sie..

Im Frühjahr 2015 wurde die Bezirksregierung zur Möglichkeit der Entlassung einzelner Flächen aus dem Landschaftsschutz befragt – wieder mit irritierenden Ergebnissen, die sich beispielsweise mit dem aktuellen Winderlass des Landes nicht in Einklang

bringen lassen.

Dazu Anträge, Anfragen von Bürgerinitiativen, Anfragen der nach uns zweitgrößten Oppositionspartei (FDP) und reichlich von uns – damit bekämen wir leicht eine Sonderausgabe der Brennessel voll. Den Rest des Jahres hieß es warten. Also warteten wir...und warteten...und warteten...

Der vorweihnachtliche Schock

Im Dezember reichte es uns mit dem Warten und wir fragten bei der Verwaltung nach dem Stand der Dinge. Wir erfuhren Erstaunliches: Nichts war passiert! Das Gutachterbüro hatte nämlich kundgetan, dass es – weil mit Arbeit überhäuft! - die Pläne für Salzkotten nicht mehr bearbeiten könne. Die Verwaltung habe die Weiterbearbeitung übernommen; der Gutachter „guckt am Ende noch mal drüber“ hieß es wörtlich.

Das tolle (und teure) Büro hatte sich schlicht und einfach abgeseilt! Die Verwaltung nahm das mehr oder weniger resignierend zur Kenntnis.

Bäuerlicher Bürgerwind

Erinnern Sie sich? Anno 2013 trat Ex-Bürgermeister Dreier mit der vollmundigen Ankündigung eines bäuerlichen Bürgerwindparks an die Presse: Er träumte laut von einer Beteiligung der Stadtwerke, Bürgerbeteiligung und der vielgepriesenen Wertschöpfung vor Ort – davon spricht heute niemand mehr.

Im Augenblick arbeitet die Bundesregierung eifrig an der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Ab 2017 sollen Windkraft-Kontingente ausgeschrieben werden, was für Investoren mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden ist – für Kleinanleger nicht zu leisten. Wenn überhaupt, soll es Vereinfachungen für kleine Anlagenparks mit bis zu 18MW geben, aber auch nur für Gesellschaften, die aus mind. 10 Privatpersonen bestehen und bei denen die Mehrheit der Stimmrechte vor Ort liegt.

Die Zeit, in Salzkotten in Sachen Bürgerwindpark etwas zu bewegen, wird also knapp. Weil sich der gesetzliche Rahmen entscheidend ändern könnte, haben Grundstückseigentümer mit geeigneten Flächen entweder aufgegeben oder längst eigene Planungen vorangetrieben – ohne Stadt und Stadtwerke.

Ob die Windenergienutzung ab 2017 in einer B-Lage wie Salzkotten überhaupt noch vorangetrieben wird, ist alles andere als sicher. Das wird Windkraftgegner freuen – unser städtisches Klimaschutzkonzept wäre damit hinfällig.

Flughafen: Erfolgsmodell oder Pflegefall? .. und was das mit Lärmschutz zu tun hat

RUDOLF HERZOG

Um diese Frage zu beantworten, sollte man seine bekannt gegebenen Leistungszahlen mit denen seiner Mitbewerber in NRW vergleichen. Als verlässlich für die Passagierzahlen kann man hier die monatliche Statistik vom Flughafenverband ADV benutzen. Für die Flugbewegungszahlen gibt es monatliche Bekanntmachungen der Deutschen Flugsicherung-GmbH. Alle Informationen sind frei im Internet aufzurufen.

Vergleicht man die oben genannten Zahlen aller Verkehrsflughäfen in NRW, trägt Paderborn/Lippstadt die rote Laterne. Zu erwähnen sei hier, dass der Flughafen Dortmund nur über eine kurze Landebahn sowie ein Nachtflugverbot verfügt und im Jahr 2015 dort trotzdem mehr Passagiere als in Paderborn und Münster zusammen abgefertigt wurden.

Im Moment stehen deutschlandweit alle Regionalflughäfen in einem Überlebenskampf und es werden nirgends Gewinne erwirtschaftet. Wenn ein Produkt am Markt nicht erfolgreich ist, dann muss getrommelt werden. Hier in Paderborn wird zurzeit sehr laut getrommelt - und so etwas ist verdächtig. Jahrelang zeigte die Leistungskurve bei Passagieren und Flugbewegungen nach unten. Die Verbesserung in 2015 war marginal.

In der heimischen Presse wird jedoch viel Erfolg vermeldet, aber auch eine höhere Verlustabdeckung durch die Gesellschafter von jährlich bis zu 2,5 Mio. €. Hauptgesellschafter mit einem Anteil von 56,38% ist der Kreis Paderborn. Über die Kreisumlage ist die Stadt Salzkotten bei den Verlusten mit derzeit bis zu 112.000 € im Jahr direkt mit im Boot.

Was stimmt denn nun?

Wie hat sich der Flughafen nun für die Zukunft aufgestellt? Im Zuge einer gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen Betreibergesellschaft und Anliegern wegen einer Nachtflugregelung, traten vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster Abwägungsmängel des Planfeststellungsbeschlusses von 2009 zutage. Dieser wurde daraufhin in Teilen außer Kraft gesetzt. Um eine Nachtflugregelung zu verhindern, hat der Flughafen vor Gericht zudem auf zukünftige Kapazitätserweiterungen verzichtet. Pläne für den Bau bereits genehmigter Vorfeldflächen und Abstellplätze, welche eine erhöhte Abfertigungskapazität ermöglichen würden, wurden aufgegeben. Ferner wurde von der Geschäftsleitung des Flughafens beschlossen, auch die bereits verlängerte Landebahn nicht zu benutzen, sondern gleich wieder still zu legen.

Lärmschutz kostet Geld

Über Jahre gemeinsam mit der Fluglärmkommission ausgehandelte Beschlüsse wurden 2014 einseitig vom Flughafen für ungültig erklärt. Zum Beispiel die freiwillige Nachtflugbeschränkung mit einem Verzicht auf den Flugbetrieb in einer Kernruhezeit von 0 bis 5 Uhr. Der Flughafen erhoffte sich daraus

einen uneingeschränkten Nachtflugbetrieb, den er jedoch wegen fehlender Lärmschutzmaßnahmen für die Bevölkerung praktisch nicht umsetzen kann. Abgesehen davon sind Investitionen in den Lärmschutz bei anhaltend schlechten Zahlen nicht finanzierbar. Die Gewinne müssten so hoch sein, dass im Millionenbereich in den Lärmschutz für die Bevölkerung investiert und gleichzeitig auf die Zuschüsse durch die Gesellschafter (Gemeinden) verzichtet werden kann.

Keine Verbesserung in Sicht

Die Summe aller Subventionen, mit denen dieser Flughafen bis jetzt am Leben gehalten wurde, ist bei den zuständigen Behörden nicht zu erfahren. Die Bezirksregierung Münster als Aufsichtsbehörde bezifferte diese auf Anfrage bis zum Jahr 2009 mit 28 Millionen Euro, betonte aber zugleich, dass diese Zahl nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Weitere Subventionen flossen an eine inzwischen aufgelöste Flugbetriebsgesellschaft, deren Aufgaben heute von der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH übernommen werden. Gehälter der Fluglotsen wurden von der Landesregierung NRW ebenfalls bezuschusst.

In den nächsten acht Jahren kommen auf schwächelnde Regionalflughäfen sehr strenge EU-Subventionsregeln für Betriebsbeihilfen zu, bevor diese im Jahr 2024 ganz verboten werden sollen. Auch Subventionen für Infrastrukturmaßnahmen werden künftig streng gedeckelt.

Fazit

Alle zukünftigen Vorhaben des Flughafens, die auf eine Kapazitätserweiterung hinauslaufen, sind ohne zusätzlichen Lärmschutz für die Bevölkerung nicht möglich. Damit dem Flughafen nicht ganz die Luft ausgeht, müssen überdies in absehbarer Zukunft schwarze Zahlen geschrieben werden. Das ist im Augenblick leider kaum vorstellbar. Aus den Planfeststellungsunterlagen von 2009 geht hervor, dass man für 2015 ursprünglich mit 1.750.000 Passagieren gerechnet hat – daraus sind 772.000 geworden.

Willkommen in der Wirklichkeit.

Autor Rudolf Herzog war von 1990-2015 Mitglied der Fluglärmkommission in Paderborn/Lippstadt. Während der Planungsphase des Flughafens Kassel-Calden gehörte er auch der dortigen Fluglärmkommission an.

Sportplatzlösung für Scharmède

WOLFGANG DEHLINGER

Wie weiter mit dem Sportplatz in Scharmède? Das hat uns in den letzten Jahren oft beschäftigt. Immer wieder gab es kleine Schritte, immer wieder tat sich gar nichts und immer wieder wurde etwas verworfen, was vorher als aussichtsreich galt.

Jetzt ist die Sache in trockenen Tüchern. Am Stangenweg wird ein neues Sportgelände gebaut und vor allem die Fußballer sind froh, endlich ihre Träume umsetzen zu können: Nach all den quälenden Jahren wird dort ein tolles Gelände entstehen!

Der Stangenweg war nicht unsere Wunschlösung. Wir hätten gerne den Platz im Ortskern bei der Grundschule behalten und kennen in umliegenden Gemeinden viele Sportplätze in ähnlichen Lagen, die uneingeschränkt nutzbar sind. Sie haben - wie der jetzige Platz in Scharmède - Bestandsschutz und einen entsprechenden Altanlagenbonus bei den Lärmschutzregelungen. Die Landesregierung NRW hat dazu schriftlich Stellung genommen und in diesem Zuge bestätigt, dass weder eine komplette Sanierung der Gebäude, des Spielfeldes oder der Flutlichtanlage daran etwas ändert. Ein Auslagern des Sportplatzes wäre also rechtlich nicht erforderlich, erst recht nicht, wenn kein Anwohner klagt! Die Verwaltung und die Mehrheit im Rat sehen das anders. Für eine rein finanzielle Abwägung, welche aller Variante letztlich am günstigsten gewesen wäre, waren die Betrachtungen nie weitreichend genug.

Das ist Schnee von gestern. Lieblingslösungen gibt es in der Politik selten. In Scharmède wird der Sportplatz an der Grundschule verschwinden und viele ehrenamtliche Helfer bauen am Stangenweg einen neuen Platz. Das ist auch verlockend: Die Gestaltungsmöglichkeiten sind viel größer als am alten Platz. Wir wünschen gutes Gelingen!

Geld für's LFG-Büren

WOLFGANG DEHLINGER

Das Liebfrauegymnasium (LFG) in Büren ist eine Privatschule. Der Schulkomplex befindet sich im Besitz des Kreises Paderborn, Schulträger sind die Malteser Werke gGmbH. In der Schule stehen in den nächsten 3 Jahren umfangreiche Umbauten und Sanierungen mit einem Volumen von etwa 1 Million € an.

Ohne dass eine rechtliche Verpflichtung besteht, hat die CDU-Mehrheit im Rat dafür gesorgt, dass in den kommenden 3 Jahren ein freiwilliger Zuschuss von insgesamt 70.000 € nach Büren überwiesen wird. Wir haben dagegen gestimmt - nicht, weil wir gegen Privatschulen sind. Auch hat es nichts mit der schulischen Qualität des Liebfrauegymnasiums zu tun, denn nicht ohne Grund gehen dort etwa 120 Salzkotener Kinder zur Schule.

Wir sagen: Wenn wir Privatschulen mit unseren

Steuergeldern finanzieren möchten, dann müssen grundsätzlich alle gleich behandelt werden. Das heißt: Alle Privatschulen, die Kinder aus Salzkotten aufnehmen, müssen einen solchen Zuschuss bekommen, z.B. unsere Montessorischule, Schloss Ehringerfeld oder die Rudolf-Steiner-Schule in Schloss Hamborn. An diesen Schulen muss von den Eltern obendrein ein monatliches Schulgeld bezahlt werden. Am ebenso privaten Liebfrauegymnasium ist kein Schulgeld fällig.

Zu unserer Gesamtschule gehen selbstverständlich Kinder aus Büren. Die Stadt Büren beteiligt sich nicht an den Kosten und das ist so auch in Ordnung. Dass wir die Schullandschaft in Büren mitfinanzieren, nicht.

(K)ein schöner Park

WOLFGANG DEHLINGER

Der Haushaltsplan der Stadt Salzkotten sieht für dieses Jahr 266.000€ zur Umgestaltung des Franz-Kleine Parks vor. Die Maßnahme wird durch das Land gefördert, sodass die Stadtkasse mit knapp 80.000€ belastet wird. Der Franz-Kleine Park liegt versteckt auf der Hederinsel neben dem Minipreis-Center und es verirren sich nur sehr wenige Leute dorthin. Wenn der Park langfristig erhalten bleiben soll, reicht eine Umgestaltung aber nicht aus, denn das eigentliche Problem ist seine schlechte Erreichbarkeit.

Er hat nur drei schmale Zugänge. Zwei davon sind über die vielbefahrene Geseker Straße und den Wall-



graben zu erreichen, allerdings ohne Querungshilfen wie Zebrastreifen oder Fußgängerampeln und dazu an schlecht einsehbaren Bereichen. Ein schmaler Durchgang von Norden unter der Bahn hindurch macht besonders den nördlichen Teil des Parks zu einem Angstraum: Wenn ich dort weg möchte - sei es wegen einem beängstigenden Hund oder wegen unangenehmer Leute - habe ich kaum Möglichkeiten. Wir vermuten, dass der Park auch deshalb wenig genutzt wird.

Das Problem wird von allen im Rat und Verwaltung gesehen. Allerdings ist eine Verbesserung der jetzigen Zugangssituation in den Planungen nicht vorgesehen. Wir Grünen denken aber, dass die Verbesserung der Zugänge die Voraussetzung für die Erneuerung des Parkes sein muss.

2x Nein zu mehr Transparenz im Rat

WOLFGANG DEHLINGER

Nach der letzten Wahl hatten alle Fraktionen die Möglichkeit, Änderungen zur Geschäftsordnung des Rates zu beantragen. Das taten wir gerne und brachten vor allem 2 Anliegen ein:

Als Ratsmitglieder können wir in den Sitzungen Anfragen an die Verwaltung stellen: Zum Beispiel, wie ein früher gefällter Beschluss umgesetzt wird oder ob es zu einem aktuellen Thema für uns wichtige Informationen gibt. In Salzkotten ist es üblich, diese Anfragen an das Ende einer Sitzung zu stellen. Und da es meist in den Sitzungen einen nicht-öffentlichen Teil gibt, rücken diese Anfragen in der Regel in diesen nicht-öffentlichen Teil. Weder die Presse noch die Besucher einer Ratssitzung erfahren von diesen Anfragen.

Das widerspricht in unseren Augen dem §6 der Gemeindeordnung, der beschreibt, dass Ratssitzungen grundsätzlich öffentlich sein müssen und nur nach strengen Kriterien Themen unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden dürfen. Deshalb gibt es in vielen Kommunen und z.B. auch im Kreis Paderborn die Regel, dass Anfragen sowohl im öffentlichen Teil einer Sitzung als auch im nicht-öffentlichen Teil zugelassen sind. Unsere Forderung nach mehr Transparenz lehnte die CDU mit ihrer Mehrheit ab.

Unser zweites Anliegen betraf die Erstellung der Protokolle. Das ist für unsere Protokollantinnen und Protokollanten nicht ganz einfach: Immer wieder geht es in Debatten ordentlich zur Sache und manchmal wundern wir uns, was davon in den Protokollen übrig bleibt.

Anders als bei Vereinen sind die Protokolle unseres Rates aber von der Verwaltung und dem Vorsitzenden gefertigte Dokumente, die nicht mehr verändert werden können. Es kann nur an das Protokoll einer nächsten Sitzung die Notiz angehängt werden, dass ein Ratsmitglied den Inhalt einer Sitzung im Protokoll als falsch wiedergegeben betrachtet – das beanstandete Protokoll selbst bleibt unverändert. Einen Protokolldurchgang zu Beginn jeder Sitzung und eine Genehmigung der Ratsmitglieder gibt es ebenso nicht.

Wir schlugen vor, dass wir bei allen Sitzungen ein Aufnahmegerät aufstellen. Es sollte den Protokollanten helfen, auch bei hitzigen Debatten alles richtig zu notieren. Bei Unstimmigkeiten gäbe es die Möglichkeit das Gesprochene nochmals nachzuhören.

Zunächst wurde eingeräumt, dass eine Tonaufnahme unserer Sitzungen natürlich möglich sei, aber es wäre technisch sehr aufwändig und würde mindestens 5000,- Euro kosten. Wir bezweifelten diese Summe und boten an, in einer der nächsten Sitzungen 3 verschiedene technische Lösungen vorzustellen, die einen Kostenrahmen von 500 Euro nicht überschreiten - auch abgelehnt.

Keine Geisterfahrt mehr

WOLFGANG DEHLINGER

Wer mit dem Fahrrad nach Paderborn fahren möchte, kann verschiedene Routen wählen. Folgt er der Beschilderung für Radfahrer, wird er auf den Standstreifen der B1 gelenkt. Und zwar auf den Standstreifen auf der linken Straßenseite. Er soll also wie ein Geisterfahrer den Autos auf der B1 links entgegen fahren.

Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder auf diese Absurdität hingewiesen. Henry Meier vom Sälzer Fernsehen drehte eine Beitrag. Wir sprachen den Fahrradbeauftragten des Kreises Paderborn an, der entsetzt war, wie das zur Zeit geregelt ist.

Jetzt ist es endlich so weit: In diesem Jahr soll die B1 zwischen dem Ortsausgang Salzkotten und der neuen Brückenkreuzung erneuert werden. Und dabei soll auf der Südseite ein Radweg entstehen.

Das ist ein wichtiger Schritt zu einer ordentlichen Radverbindung nach Paderborn. Weitere sollten folgen, damit Radfahrer nicht 12 Kilometer fahren müssen, wo Autos nur 8 Kilometer Weg haben.



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Impressum

Auflage 10.000 auf 100% Recyclingpapier
Bündnis 90/Die Grünen
OV Salzkotten

Redaktion

Wolfgang Dehlinger
Rudolf Herzog
Petra Hundt

Jürgen Kemper
Christina Wilmes
Marc Svensson

Bildnachweise

Brennessel Titel
Salzköter
Flughafen

Miroslaw / pixelio
Lupo / pixelio
pixabay / CC0 Public Domain

V.i.S.d.P.

Marc Svensson - Papenbrede 33 - 33154 Salzkotten

info@gruene-salzkotten.de
<http://gruene-salzkotten.de>

 /GrueneSalzkotten

